

# Masterplan für Hessen

## Pressegespräch der Ärztekammer mit Politikern der hessischen Landesregierung und Journalisten

Im deutschen Gesundheitswesen brodelte es. Wenn nicht ein grundlegender Wandel eintrete, drohe es vor die Wand zu fahren, warnte Dr. med. Gottfried von Knoblauch zu Hatzbach, Präsident der Landesärztekammer Hessen, bei dem Pressegespräch, zu dem die Kammer im März in den Frankfurter PresseClub eingeladen hatte. Die Veranstaltung soll Auftakt einer Gesprächsreihe mit Journalisten und Politikern der im Hessischen Landtag vertretenen Parteien sein.

Ärger und Frustration sitze bei vielen Ärztinnen und Ärzten tief, denn die Arbeitsbedingungen in Klinik und Praxis stimmten schon lange nicht mehr, so von Knoblauch. Arbeitsverdichtung, überbordende Bürokratie und Zeitmangel bei der Patientenversorgung sorgten für Unzufriedenheit; auf dem Land würden die Hausärzte knapp. Allein im Jahr 2008 seien 80 hessische Kolleginnen und Kollegen ins Ausland gezogen, berichtete der Kammerpräsident. „Ein ernstzunehmendes Problem,“ pflichtete ihm Dr. med. Ralf-Norbert Bartelt, gesundheitspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im hessischen Landtag bei. Er sah in einer Verkleinerung der Zulassungsbezirke der Kassenärzt-

lichen Vereinigung eine Möglichkeit, die ausreichende medizinische Versorgung in ländlichen Gebieten sicherzustellen.

Florian Rentsch, Fraktionsvorsitzender und gesundheitspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im hessischen Landtag, kündigte an, dass die schwarz-gelbe Koalition in Hessen mit einer Reihe von Maßnahmen sowohl die ambulante und die stationäre Versorgung verbessern als auch den Arztberuf für junge Menschen wieder attraktiver machen wolle. Geplant sei, gemeinsam mit Landesärztekammer und Kassenärztlicher Vereinigung einen Masterplan zu erarbeiten. Möglich seien u. a. Darlehensprogramme, Investitionsförderungen, Kinderbetreuungsprogramme und ein möglicher Einsatz von Telemedizin in ländlichen Gebieten.

Bartelt hob hervor, dass die Zahl der Krankenhäuser in privater Trägerschaft

nicht erhöht werden solle; allerdings könne eine flächendeckende stationäre Versorgung der Bevölkerung nur unter Einbeziehung auch privaten Kapitals ermöglicht werden. Beide Politiker sprachen sich nicht generell gegen Medizinische Versorgungszentren aus; wandten sich jedoch gegen die Einrichtung weiterer Zentren durch private Träger, wenn dadurch die Versorgung durch niedergelassene Ärzte gefährdet würde.

möh



Dr. Ralf-Norbert Bartelt, Dr. Gottfried von Knoblauch zu Hatzbach, Florian Rentsch  
(Foto: B. Völker)

### 40 Jahre KfH – Ausdruck sozialer Verantwortung

„Mein Leben ist lebenswert“: In einem Kurzfilm zum Auftakt der Jubiläumsveranstaltung „40 Jahre KfH“ am 27. März im Wiesbadener Kurhaus fasste diese Aussage eines Dialyse-Patienten das Lebensgefühl vieler Betroffener in Worte. Als das KfH (Kuratorium für Dialyse und Nierentransplantation e. V.) 1969 als gemeinnütziger, von Ärzten getragener Verein gegründet wurde, standen für Patienten mit chronischem Nierenversagen nur wenige Dialyseplätze in Kliniken zur Verfügung. Inzwischen ist aus der privaten ärztlichen Initiative ein Wegbereiter für eine flächendeckende, qualitativ hochwertige Dialyseversorgung in Deutschland und ein Arbeitgeber für über 6.500 Menschen geworden. 1976 schuf das Kuratorium die Organisationsstruktur für die Nierentransplantation, die 1984 mit der Deutschen Stiftung für Organtransplantation auf das

Gesamtgebiet der Transplantation ausgedehnt wurde. Prävention chronischer Nierenerkrankungen, die demographische Entwicklung und die Überwindung der Abhängigkeit nierenkranker Menschen von der Maschine durch Transplantation zählen zu den Herausforderungen, vor die sich das KfH gestellt sieht. Als unentbehrlichen Bestandteil des Gesundheitswesens bezeichnete der Präsident der Landesärztekammer Hessen, Dr. med. Gottfried von Knoblauch zu Hatzbach, die Einrichtung in seinem Grußwort, das er in Vertretung von Bundesärztekammerpräsident Professor Dr. med. Jörg-Dietrich Hoppe hielt. Das KfH verstehe medizinische Behandlung nicht als einmaliges Ereignis sondern als Ausdruck sozialer Verantwortung.

möh